

Der kurze Sommer der Anarchie
Vom politischen Aufbruch zur Institutionalisierung der
Schwulenbewegung
Joachim Bartholomae und Detlef Grumbach

Auszug

Vorläufer

Seit 1867, dem Auftritt Karl Heinrich Ulrichs vor dem deutschen Juristentag in München, hatten Experten, Politiker und Prominente in unterschiedlicher Form für mehr Toleranz gegenüber „den“ Homosexuellen plädiert, ohne dabei selbst allzu deutlich Farbe zu bekennen und ihre eigene Liebesrichtung auszusprechen. Was wissenschaftlich als wahr oder politisch als geboten erkannt wurde, wurde im Allgemeinen nicht zur persönlichen Interessenlage des Sprechenden in Verbindung gesetzt. Man agierte als Akademiker und Angehöriger der oberen Mittelschicht diskret unter seinesgleichen, jedes öffentliche Aufsehen wurde vermieden. So veröffentlichte, begleitend zur Strafrechtsreformdebatte der 1960er Jahre, beispielsweise der Publizist Rolf Italiaander 1968 unter dem Titel „Weder Krankheit noch Verbrechen“ eine Sammlung menschenfreundlicher Stellungnahmen und literarischer Zeugnisse zu den „Problemen der Homophilie“, die, wie der Verlag in einem Vorwort feststellt, „immer noch zu wenig bekannt sind“ (1968:9). Anscheinend richtete sich dieses Buch vornehmlich an heterosexuelle Leser, denn die Homophilen selbst werden sich ihres „Problems“ doch wohl bewusst gewesen sein. 1969 – der Paragraf 175 wurde mit der Reform des Strafrechts deutlich entschärft – nahmen in Hamburg und Münster Gruppen der in Dänemark bereits in den 1950er Jahren gegründeten Internationalen Homophilen Weltorganisation (IHWÖ) ihre Arbeit auf. Ihr Hauptanliegen bestand darin, gesellige Treffen außerhalb der nach Auffassung vieler Mitglieder zu stark sexualisierten Subkultur abzuhalten. Zu diesem Zweck wurde nach der Vereinsgründung ein eigenes Clubzentrum angemietet, in dem auch gelegentlich wissenschaftliche Vorträge gehalten wurden. Politisches Engagement, hauptsächlich in Form von Lobbyarbeit bei aufgeschlossenen Politikern und Wissenschaftlern, war allein Sache einzelner Vorstandsmitglieder und stieß in der breiten Mitgliedschaft auf

wenig Interesse. (Wolfert 2009:95,105,109f) Zahlreiche Schwulenbewegte und auch Historiker sind der Auffassung, der in diesem Stil im Verborgenen betriebenen Lobbyarbeit seien die meisten Erfolge im Emanzipationskampf der Schwulen zu verdanken (vgl. Dobler in diesem Band).

Aufbruch

1971 begann sich eine neue deutsche Schwulenbewegung zu regen. Ausgelöst durch Vorführungen des Films „Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt“ von Praunheim/Dannecker gründeten sich vielerorts in Westdeutschland regionale Schwulengruppen, die auf ihren Treffen einerseits schwule „Selbsterfahrung“ betrieben, wie die Gruppendiskussion über persönliche Alltagsprobleme im Kontext der Homosexualität genannt wurde, und andererseits schwule Lebens- und Verhaltensweisen in den öffentlichen Raum tragen wollten. Sie lehnten es ab, die Umgangsformen der Mehrheitsgesellschaft zu übernehmen, und wählten ihren eigenen Stil, denn ihnen ging es nicht darum, etwas mehr Toleranz der Heterosexuellen zu erbitten. Wie Studenten- und Frauenbewegung nahmen auch die Wortführer der neuen Schwulenbewegung die Gesellschaft als Ganze ins Visier. In Frankreich entstand der „Front Homosexuel d'Action Révolutionnaire“ (FHAR); in einem Flugblatt der FHAR heißt es: „Ihr fragt: was können wir für euch tun? Ihr könnt nichts für uns tun, solange jeder von euch diese normale Gesellschaft repräsentiert, solange ihr es ablehnt, auch eure geheimen Bedürfnisse zu sehen, die ihr so gut verdrängt habt. Ihr könnt nichts für uns tun, solange ihr nichts für euch selber tut.“ (Dieckmann/Pescatore 1979:26)

Neben allgemeinen Gruppen bildeten sich auch Schwulengruppen bei den Gewerkschaften, Kirchen und Parteien, in denen schwule Mitglieder ihre schwule Sicht des jeweiligen Organisationszwecks artikulierten. In größeren Städten etablierten sich deshalb schon bald örtliche Koordinationstreffen; beim Hamburger „Treffen der Schwulengruppen“ z.B. trafen sich im Café Tuc Tuc Vertreter der Unabhängigen homosexuellen Aktion (UHA), der Schwulenberatungsstelle Intervention e.V., der Gruppe Homosexuelle und Kirche (HuK), schwuler Gewerkschafter, des AStA Schwulenreferats und auch des

Buchladen Männerschwarm, der wie auch das Café Tuc Tuc selbst als „schwules Kollektiv“ den Status einer Schwulengruppe innehatte. Auf diesen Treffen wurden politische Fragen diskutiert, Aktionen geplant und auch die jährliche Stonewall-Demonstration (heute CSD) vorbereitet.

Das war ein neuer Ton. Er rief nicht nur bei den Angehörigen der bisherigen, bürgerlichen Schwulengruppen Protest hervor, sondern provozierte auch die Anfang der 1970er Jahre wortführenden Marxisten, in deren Dogmatik das „Homosexuellenproblem“ (wie auch das „Frauenproblem“ und viele andere Probleme) nur einen „Nebenwiderspruch“ darstellte: Im Kapitalismus waren diese Probleme angeblich nicht zu lösen, im Kommunismus würden sie dafür von selbst verschwinden, sodass es nicht lohnte, ihnen allzu viel Aufmerksamkeit zu schenken. So kam es Mitte der 1970er Jahre zum als „Tuntenstreit“ berühmt gewordenen Wortgefecht, das „Sponti-Schwule“ und „Revisionisten“ in ihren jeweiligen Monatszeitschriften (Kursbuch/Prokla) ausfochten. Gegenstand dieses Streits war zunächst die Frage nach der richtigen Taktik einer schwulen Emanzipationsbewegung, doch schon bald zeigte sich, dass beide Fraktionen unterschiedliche Zielvorstellungen verfolgten (Ahrens 1974). Das Positionspapier der schwulen „Feministen“ fasst die Haltung der Sponti-Fraktion klar und deutlich zusammen:

„Nicht nur die Homosexuellen, sondern wir alle sind Opfer und Stütze dieses Systems; es zu bekämpfen heißt, auch den Teil in uns zu bekämpfen, der dieses System stützt. Für die Homosexuellen kann dieser Konflikt nur dann gelöst werden, wenn sie vorher ein Selbstbewusstsein entwickelt haben, sich als Schwule zu verstehen und nicht hinter einer heterosexuellen Zwangsfassade herumzulaufen. [...]

Der spezifische Weg des männlichen Feminismus, geschminkt, <feminin> oder mit dem Rosa Winkel zu erscheinen, ist ein Mittel und gleichzeitig das Bedürfnis schwuler Männer, die diktierte und in Fleisch und Blut übergegangene Trennung zwischen privat und öffentlich zu durchbrechen. Es ist mehr als nur ein hilfloses Suchen nach Identität, es ist eine als Stadium aufzufassende Alternative zur integrationistischen und angepassten Situation und dem daraus folgenden Verhalten der Homosexuellen.

Uns geht es nicht um eine Rechtfertigung oder bessere Integrierung der Homosexualität in die Gesellschaft. Die revolutionierende Forderung nach allseitiger Entfaltung der Sexualität leiten wir aus der Organisierung unseres offenen sexuellen Anspruchs her. [...]

Der Anspruch der Homosexuellenbewegung, als neue politische Kraft neben den traditionellen anerkannt zu werden, leitet sich aus unserer Erkenntnis ab, dass wir als gekennzeichnete

Minderheit den Kampf für eine Anerkennung des lebenslangen <polymorphen> sexuellen Verlangens in allen Menschen führen wollen. Der Widerspruch, der sich auch im Kontakt mit progressiven Organisationen zeigt, liegt in der Existenz der Homosexuellenbewegung, die privatmenschliche Bedürfnisse artikuliert, die das System der Normalität nicht anerkennen wollen.

Wir haben kein Interesse an der Lösung und Integration des Homosexuellenproblems als Minderheitenfrage, die nur scheinbar unsere Freiheit bedeutet. Unser Kampf geht dahin, dass Heterosexuelle und Schwule ihre jeweilige Sexualität nur als verschiedene Formen einer vollentwickelten Sexualität erkennen.“ (1974:28-32)

Dass für „existenzielle Außenseiter“ wie die Homosexuellen (sowie Frauen und Juden) ein Kampf um Bürgerrechte nicht ausreicht, bestätigte zur selben Zeit der durchaus bürgerliche Literaturwissenschaftler Hans Mayer in seinem Großessay „Außenseiter“: „Formale Gleichheit vor dem Gesetz ist nicht mit der materialen Egalität einer gleichen Lebenschance zu verwechseln, eignet sich vielmehr, wie die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft demonstriert, vorzüglich zur Verhinderung.“ (Mayer 1975:9) Dennoch wurde diese Position Ende der 1980er Jahre aufgegeben und durch parlamentarische und Lobbyarbeit ersetzt.

[...]